

## **Niederschrift**

über die Sitzung (öffentlicher Teil)  
**des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung**  
am Dienstag, **22.08.2006**, 17:00 Uhr,  
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

### **Anwesend waren:**

#### **von der CDU-Fraktion**

Herr Josef Messing , Herr Werner Quante , Herr Florian Steinforth , Herr Stefan Weber , Frau Helga Welker , Frau Simone Wendland

#### **von der SPD-Fraktion**

Frau Elke Leiendecker , Herr Kurt Pölling , Frau Yeliz Tolan

#### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Herr Heribert Klas , Frau Dr. Rita Stein-Redent

#### **von der FDP-Fraktion**

Herr Hans Varnhagen

#### **von der Fraktion UWG-MS/ödp**

Herr Fritz Pfau

#### **von der Verwaltung**

Frau Martina Arndts-Haupt , Herr Erwin Goerke , Herr Winfried Hagel , Herr Dr. Wolf Heinrichs , Frau Michaela Heuer , Herr Martin Schulze-Werner , Herr Michael Grimm, Herr Ludger Niehoff, Herr Norbert Vechtel

#### **Für die Schriftführung**

Frau Christiane Köhling

#### **Es fehlten**

Herr Georg Berding , Frau Ursula Schaffstein

**Tagesordnung:**

- |                           |    |                                                                                                                                                                                                                            |
|---------------------------|----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                           | 1. | Eingänge und Mitteilungen                                                                                                                                                                                                  |
| <u>V/0579/2006</u><br>OBM | 2. | Haushaltskonsolidierungsprogramm 2007 bis 2010, Abschlussbericht der Firman Rödl & Partner GbR "Beratung und Begleitung der Stadt Münster bei der Konsolidierung des städtischen Haushalts 2007 ff"                        |
| <u>V/0464/2006</u><br>II  | 3. | Überführung des städtischen Tiefbauamtes in eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)<br>Der in die Sitzung eingebrachte Änderungsantrag der CDU- und FDP-Ratsfraktion wurde einstimmig beschlossen.                      |
| <u>V/0445/2006</u><br>I   | 4. | Sendsatzung der Stadt Münster                                                                                                                                                                                              |
| <u>V/0516/2006</u><br>I   | 5. | Einführung des gebührenfreien Kurzzeitparkens - "Brötchentaste"<br>Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 16.01.2004 (Anlage 1)                                                                              |
| <u>V/0595/2006</u><br>V   | 6. | Errichtungsbeschluss: Neubau einer Kombinationseinrichtung für Kinder, Jugendliche und Familien in Handorf-Dorbaum - "Drei Eichen" - Kindertageseinrichtung und Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit unter einem Dach" |
| <u>V/0509/2006</u><br>V   | 7. | Ausbau des Platzangebotes für unter dreijährige Kinder: Errichtungsbeschluss - Bauliche Erweiterung der städtischen Kindertageseinrichtung Wielerort in Hilstrup-Mitte um eine u3-Gruppe                                   |
|                           | 8. | Verschiedenes                                                                                                                                                                                                              |

**Punkt 1 der Tagesordnung****Eingänge und Mitteilungen****Protokoll:**

Keine Eingänge und Mitteilungen

**Punkt 2 der Tagesordnung  
V/0579/2006**

**Haushaltskonsolidierungsprogramm 2007 bis 2010,  
Abschlussbericht der Firma Rödl & Partner GbR  
"Beratung und Begleitung der Stadt Münster bei  
der Konsolidierung des städtischen Haushalts  
2007 ff"**

**Protokoll:**

Herr Dr. Heinrichs berichtete inhaltlich zu der Vorlage und wies insbesondere auf die Zielsetzung des Auftrags an die Firma Rödl & Partner GbR hin.

Zum weiteren Verfahren hat Herr Dr. Heinrichs ergänzend folgende Hinweise gegeben:

- Die Verwaltung wird über Beschlussvorlagen einzelne Maßnahmen konkretisieren und zur Entscheidung vorlegen.
- Oberbürgermeister Dr. Tillmann hat die Dezernate/Ämter gebeten, bis Ende dieser Woche Hinweise zu den Maßnahmen zu geben, die als nicht umsetzbar bewertet werden. Die Firma Rödl & Partner wird zu den als klärungsbedürftig bewerteten interkommunalen Vergleichen Hinweise geben.

Herr Klas brachte einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Vorlage V/0579/2006 in die Sitzung ein und begründete diesen. Er wies ausdrücklich darauf hin, dass es ausschließlich um die Einfügung der Ziffer 1.24 in die Vorlage entsprechend der in dem Änderungsantrag formulierten Fassung geht. Der Antrag ist dem Original dieser Niederschrift beigelegt.

Der Änderungsantrag wurde einstimmig beschlossen.

Sodann beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage in folgender geänderter zu beschließen:

**Beschlussvorschlag**

Sachentscheidung

1. Der Rat nimmt den als Anlage beigelegten Abschlussbericht der Firma Rödl & Partner GbR „Beratung und Begleitung der Stadt Münster bei der Konsolidierung des städtischen Haushaltes 2007 ff“ als zusammenfassende Grundlage von Vorschlägen und Handlungsoptionen zum Abbau des strukturellen Defizits von 30 Mio. € wie folgt zur Kenntnis:
  - 1.1 Die im Gutachten dargestellten Vorschläge, Optionen und Handlungsmöglichkeiten bilden eine wesentliche Grundlage zur Vorbereitung und Durchführung der Beratungen des Haushaltsplanes 2007 sowie des Finanzplanes und Investitionsprogramms 2008 bis 2010, um das Ziel, durch verbindliche haushaltsrelevante Entscheidungen den noch zur Deckung des strukturellen Defizits von 50 Mio. € notwendigen Konsolidierungsbeitrag von rd. 30 Mio. € aufzubringen, zu erreichen.
  - 1.2 Im weiteren Verfahren dieses Beratungs- und Entscheidungsprozesses wird
    - 1.21 der Rat in den nächsten Wochen (möglichst bis zur Ratssitzung am 27.09.2006) grundlegende Hinweise, Anregungen und Aufträge zu den konkreten Konsolidierungsvorschlägen, die zeitnah beurteilt und entschieden werden können, geben, auf deren Grundlage für die Verwaltung eine Identifikation weiter zu führender, zu relativierender oder nicht

weiter zu verfolgender Maßnahmen sach- und zeitgerecht möglich ist und entsprechende Umsetzungsschritte von der Verwaltung vorbereitet und vorgenommen werden können.

- 1.22 der Rat die Verwaltung beauftragen – soweit diesen Hinweisen nachgegangen werden soll - weitergehende Konsolidierungsmöglichkeiten, die sich aus den interkommunalen Vergleichen ergeben können, zu prüfen und ggf. Vorschläge zur Umsetzung vorzulegen.
- 1.23 die Verwaltung ihrerseits, sofern keine, keine abweichenden oder anders lautenden Vorgaben (vgl. Ziffer 1.21) seitens des Rates gemacht werden, die im Gutachten formulierten Vorschläge und Optionen nach Maßgabe ihrer jeweiligen sachlichen und zeitlichen Umsetzbarkeit sowie ihrer fachlichen Vertretbarkeit dann weiter konkretisieren und den jeweils zuständigen Gremien zur Beratung und möglichst auch zur Entscheidung vorlegen.
- 1.24 Die Verwaltung ergänzt die Produktliste mit vermuteten Sparpotentiale um eine Auflistung der Produkte, die entweder nicht geprüft oder als kürzungsresistent eingeschätzt werden. Des Weiteren erläutert die Verwaltung alle die Hinweise bei den Einzelvorschlägen Nr. 1 – Nr. 246, bei denen es heißt, dass Teile des Sparpotentials bereits von der Verwaltung umgesetzt werden.
- 1.3 Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass es damit das Ziel beider Verfahrenswege (Vorgaben Rat/Konkretisierung und weitergehende Beschlussempfehlungen der Verwaltung) ist, dass - je nach Konkretisierung und zeitlicher Umsetzbarkeit der Konsolidierungsvorschläge und aufgezeigten Handlungsoptionen – haushaltsrelevante Dispositionen entweder im Vorfeld der Einbringung des Etatentwurfs oder spätestens im Beratungsverfahren zum Satzungsbeschluss zum Haushalt 2007/des Finanzplanes und Investitionsprogramms 2008 bis 2010 getroffen werden.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis,
  - 2.1 dass zur Sitzung des Rates am 23.08.2006 die Vorlage Nr. V/0464/2006 „Vorbereitung der Überführung des städtischen Tiefbauamtes in eine Anstalt des öffentlichen Rechts (A-öR)“ dem Rat zur Entscheidung vorgelegt wird.
  - 2.2 dass sowohl im weiteren Prozess der Prüfung, Beratung und Entscheidung über Konsolidierungsvorschläge bzw. Konsolidierungspotenziale aus dem Gutachten der Firma Rödl & Partner, als auch bei der Prüfung und Umsetzung weiterer Möglichkeiten der Optimierung städtischer Leistungen und der Weiterentwicklung organisatorischer Aufbau- und Ablaufstrukturen die jeweils im unmittelbaren Sachzusammenhang stehenden Anträge der Ratsfraktionen mit geprüft werden. Insbesondere wird hierbei auf folgende Ratsanträge hingewiesen:
    - Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Nr. 0049/2005  
„Lebenswert und bezahlbar – Münster zukunftsfähig erhalten – städtische Ausgaben an die Einnahmen anpassen“
    - Antrag Nr. 0017/2006 der SPD-Fraktion  
„Optimierung von Strukturen und Prozessen der Stadtverwaltung Münster“
    - Antrag Nr. 0041/2005 der SPD-Fraktion  
„Bürokratie abbauen - Service für Bürgerinnen und Bürger verbessern: Ein Bildungsbüro für Münster“.
  - 2.3 dass über die auf der Grundlage der Ergebnisse des Gutachtens der Firma Rödl & Partner weiterzuführenden Konsolidierungsbemühungen im Verwaltungshaushalt hinaus, wei-

tere Konsolidierungsmaßnahmen im Vermögenshaushalt notwendig sind, um das weitere Ziel, bis 2009/2010 die Netto-Neuverschuldung für Investitionen zurückzuführen, zu erreichen.

3. Mit den vorgenannten Maßgaben wird das als Anlage beigefügten Gutachten der Firma Rödl & Partner GbR zur weiteren Konkretisierung, Abstimmung und Begleitung des Beratungsverfahrens federführend an den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften und für die übergreifenden personellen und organisatorischen Prüfungs- und Entscheidungssachverhalte an den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung, verwiesen. Die Bezirksvertretungen, die Fachausschüsse und sonstigen Gremien werden dann in das Beratungsverfahren einbezogen, wenn ihre fachliche Zuständigkeit im Einzelfall berührt ist, d. h., wenn über Vorlagen, Veränderungsblätter oder auf sonstigem Wege konkrete Umsetzungsentscheidungen zu Einzelschlüssen vorbereitet werden.

### **Punkt 3 der Tagesordnung V/0464/2006**

### **Überführung des städtischen Tiefbauamtes in eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)**

#### **Protokoll:**

Herr Dr. Heinrichs berichtete zu der Vorlage und gab den Hinweis, dass Prüfauftrag, ob die Aufgaben des städtischen Tiefbauamtes auf eine zu gründende Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) übertragen werden können, sich bereits aus der vom Rat in seiner Sitzung am 15.02.06 beschlossenen Vorlage V/1065/2005 ergibt.

Abschließend erläuterte Herr Dr. Heinrichs noch die verschiedensten Mitwirkungsmöglichkeiten des Rates bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts.

Frau Wendland brachte einen Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion in die Sitzung ein und begründete diesen. Der Antrag ist dem Original der Niederschrift beigefügt.

Herr Klas erklärte, dass der Antrag auch im Interesse der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei. Er berichtete außerdem, dass die von der Fraktion zur Vorlage V/0464/2006 gestellten Fragen beantwortet worden sind. Das Antwortschreiben von Frau Bickeböller vom 21.08.06 wird den Ausschussmitgliedern mit dieser Niederschrift zur Verfügung gestellt.

Herr Pölling schloss sich den Ausführungen von Herrn Klas an.

Für den Personalrat erklärte Herr Hagel (in der Funktion des Vorsitzenden des Personalrates der Allgemeinen Verwaltung), dass eine Unterrichtung nach § 65 LPVG erfolgt ist und der Personalrat die Vorlage V/0579/2006 zur Kenntnis genommen hat. Sollte die Vorlage in der Sitzung des Rates am 23.08.06 beschlossen werden, erwartet der Personalrat, dass er rechtzeitig im Rahmen der für die einzelnen Maßnahmen bzw. Teilmaßnahmen gesetzlich vorgeschriebenen Form (Anhörung, Mitwirkung, Mitbestimmung) beteiligt wird. Dann wird sich der Personalrat jeweils verbindlich äußern.

Herr Hagel berichtete, dass der Personalrat auf der Grundlage der ihnen vorliegenden Informationen das Vorhaben der Dienststelle diskutiert hat. Danach wird erwartet, dass Nachweise darüber erbracht werden, warum, wie und wo es bei der Wahrnehmung der Aufgaben des Tiefbauamtes durch eine AöR zu Kosteneinsparungen kommt und warum diese Einsparungen nicht auch dann erreicht werden können, wenn das Tiefbauamt weiterhin ein städtisches Amt bleibt. Ausdrücklich erklärt er die Bereitschaft des Personalrates über die Gründung einer AöR zu reden, wenn das tatsächlich finanzielle Vorteile für die Stadt und für die Bürger/innen bringt. Herr

Hagel kritisierte, dass die Firma Rödl & Partner die Begründung für die Einrichtung einer AÖR aus einem von ihnen selbst herausgebrachtem Buch zu diesem Thema übernommen habe.

Frau Arndts-Haupt verwies darauf, dass in einer AÖR innerhalb von 4 Monaten nach der Gründung eine Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen ist und innerhalb von 12 Monaten der erste Frauenförderplan erstellt sein muss.

Herr Varnhagen erklärte, dass die Koalition den Prozess begleiten will.

Herr Pölling stellte die Frage, ob die in der Vorlage aufgeführten Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 Euro automatisch in einen Auftrag an die Firma Rödl & Partner fließen würden. Herr Dr. Heinrichs verneinte diese Frage und erläuterte ergänzend, dass dieser Betrag sich aus verschiedensten Positionen, so z.B. auch aus der Umstellung der Datenverarbeitung, zusammensetzt. Auf Nachfrage bestätigte er, dass der Betrag erst bei einer tatsächlichen Gründung einer AÖR anfällt.

Herr Klas erklärte, dass er dem Änderungsantrag zustimmen kann. Ohne vorherige Abstimmung in der Fraktion könne er aber der Vorlage – auch in der geänderten Fassung – nicht zustimmen. Es folgte eine Diskussion zu der Frage, ob die Vorlage an den Hauptausschuss / Rat verweisen werden soll.

Im Ergebnis wurde dem Änderungsantrag einstimmig zugestimmt.

Die Beschlussfassung in der geänderten Fassung wurde an den Hauptausschuss/Rat verwiesen.

#### **Punkt 4 der Tagesordnung V/0445/2006**

#### **Sendsatzung der Stadt Münster**

##### **Protokoll:**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig.

##### **Beschlussvorschlag:**

Sachentscheidung:

Die Sendsatzung der Stadt Münster in der geänderten Fassung (Anlage 1) wird beschlossen.

#### **Punkt 5 der Tagesordnung V/0516/2006**

#### **Einführung des gebührenfreien Kurzzeitparkens - "Brötchentaste"**

**Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster  
vom 16.01.2004 (Anlage 1)**

##### **Protokoll:**

Herr Pölling erklärte, dass im Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft der Tagesordnungspunkt abgesetzt worden ist. Es ist einvernehmlich erklärt worden, dass die weitere Diskussion hierzu im Fachausschuss stattfindet.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung hat den Bericht einvernehmlich zur Kenntnis genommen:

**Beschlussvorschlag:**

Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft nimmt den Erfahrungsbericht zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Ausweitung der Kurzzeitparkzonen ist nicht sinnvoll.
3. Die Rückführung der bestehenden Kurzzeitparkzone wird bei technischer Notwendigkeit durchgeführt werden und dann parallel dazu die Parkgebührenordnung angepasst.
4. Der Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 16.01.2004 ist damit erledigt.

**Punkt 6 der Tagesordnung  
V/0595/2006**

**Errichtungsbeschluss: Neubau einer Kombinationseinrichtung für Kinder, Jugendliche und Familien in Handorf-Dorbaum - "Drei Eichen" - Kindertageseinrichtung und Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit unter einem Dach"**

**Protokoll:**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig:

**Beschlussvorschlag:**

Sachentscheidung:

1. Die Wohn + Stadtbau errichtet für die Stadt Münster im Baugebiet Handorf-Dorbaum („Drei Eichen“) gegen Zahlung eines anteiligen Investitionszuschusses in Höhe von 873.000 € eine „Kombinationseinrichtung für Kinder, Jugendliche und Familien - Kindertageseinrichtung und Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit unter einem Dach“ (Lageplan s. Anlage 1).
2. Das Raumprogramm umfasst eine rd. 600 qm große **Kindertageseinrichtung** mit
  - einer Regelkindergartengruppe für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Schulpflicht mit 25 Plätzen
  - eine Tagesstättengruppe für Kinder im Alter von drei bis zur Schulpflicht mit 20 Plätzen und
  - zwei Gruppen für unter dreijährige mit jeweils 11 Kindern (eine Ganztagsgruppe mit 8,0 und eine Halbtagsgruppe mit = 5,5 Betreuungsstunden)

sowie eine rd. 200 qm große **offene Kinder- und Jugendeinrichtung** mit

- einem offenen Kinder- und Jugendtreff,
- einer Gruppenküche
- einem Gruppen- und Beratungsraum
- einem Seminar- und Medienraum und
- einem Kreativraum

Für die Gesamtfunktionen ist das in der Anlage 2 aufgeführte Raumprogramm zugrunde zu legen.

3. Die Einrichtung wird auf der Grundlage des Durchführungsvertrages gem. §§ 12, 124 Baugesetzbuch zum „Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 492: Handorf - Drei Ei-

chen/Dorbaumstraße/Lützwowstraße“ durch die Wohn- und Stadtbau errichtet und bei Fertigstellung - im Sommer 2008 an die Stadt Münster übergeben.

- 3.1 Die Kindertageseinrichtung deckt sowohl den maßnahmebedingten Bedarf ab, der sich aus dem Baugebiet „Drei Eichen“ ergibt und dient gleichzeitig als Ersatzbau für die städtische Kindertageseinrichtung Handorf „Am Juffernbach“. Die Kindertageseinrichtung wird von der Stadt Münster als Nachfolgeeinrichtung für die städtische Kita „Am Juffernbach“ betrieben.

- 3.1.1 Für die neue Kindertageseinrichtung „Drei Eichen“ werden aufgrund der veränderten und erweiterten Gruppenstruktur (u3-Gruppen statt Regelkindergartengruppen) gegenüber der zu ersetzenden Kindertageseinrichtung „Am Juffernbach“ zusätzliche Personalbedarfe erforderlich:

- 124 Std./Wo. für Fachkräfte
- 26,5 Std./Wo. für Ergänzungskräfte
- 10 Std./Wo. für hauswirtschaftliche Gehilfen/innen

Zum Stellenplan 2008 werden dafür zusätzliche Stellen eingerichtet:

- 3,22 Stelle Entgeltgruppe 6 TVöD (Fachkräfte), Kosten: 134.820 €/Jahr
- 0,69 Stelle Entgeltgruppe 3 TVöD (Ergänzungskräfte), Kosten: 24.510 €/Jahr
- 0,26 Stelle Entgeltgruppe 4 TVöD (hausw. Gehilfen/innen), Kosten 9.410 €/Jahr

- 3.2 In die Kinder- und Jugendeinrichtung geht die „Jugendanlaufstelle Dorbaum“ auf dem Spielplatz „Am Hornbach“ über. Die Kinder- und Jugendeinrichtung wird betrieben vom Trägerverbund „Handorfer Netzwerk Jugend“ e.V. bestehend aus den freien Trägern
- Katholische Kirchengemeinde St. Petronilla
  - Evangelische Kirchengemeinde Handorf
  - Vinzenzwerk Handorf
  - TSV Handorf

Diese Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe werden bereits ab September 2006 die Jugendanlaufstelle „Am Hornbach“ als Trägerverbund betreiben.

- 3.2.1 Die Jugendanlaufstelle am Spielplatz „Am Hornbach“ wird mit Fertigstellung der Einrichtung „Drei Eichen“ nicht weiterbetrieben. Die baulichen Anlagen werden zurückgebaut. Die weitere Verwendung der mobilen Raumzellen wird geprüft.
- 3.2.2 Darüber hinaus wird zur Kenntnis genommen, dass die Jugendanlaufstelle am Spielplatz „Am Hornbach“ über den 31.12.2007 hinaus (s. Vorlage V/1066/2005 – „Fortsetzung der offenen Jugendarbeit in Handorf-Dorbaum“) bis zur Fertigstellung (geplant Sommer 2008) der Einrichtung „Drei Eichen“ im bisherigen Umfang fortgesetzt wird.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die weitere Planung mit dem Erschließungsträger auf der Grundlage des Errichtungsbeschlusses zu entwickeln und den Baubeschluss herbei zu führen.

**Punkt 7 der Tagesordnung  
V/0509/2006**

**Ausbau des Platzangebotes für unter dreijährige Kinder: Errichtungsbeschluss - Bauliche Erweiterung der städtischen Kindertageseinrichtung Wierlerort in Hilstrup-Mitte um eine u3-Gruppe**

**Protokoll:**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig:

### **Beschlussvorschlag:**

Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt dem Umbau und der Erweiterung der städtischen Kindertageseinrichtung Wielerort im Stadtteil Hiltrup-Mitte und der damit verbundenen Umstrukturierung der Tagesstättengruppe in eine Altersgemischte Gruppe (ganztags) zur Betreuung unter 3-jähriger Kinder zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Ausbauplanung zu entwickeln, die den aktuellen Planungs- und Ausführungsstandards der Stadt Münster entspricht, einen wirtschaftlichen Betrieb ermöglicht und eine höchstmögliche Flexibilität in der Nutzung (auch für spätere Zwecke) bietet. Auf dieser Basis sind die Zustimmung zur Planung mit Kostenschätzung und der Baubeschluss mit Kostenvoranschlag herbeizuführen. Das voraussichtliche Kostenvolumen liegt bei rd. 58.000.00 Euro.
3. Zum Stellenplan 2007 werden
  - 0,5 Stelle Entgeltgruppe 6 (Fachkraft 19,25 Std./Wo.) eingerichtet und
  - 0,5 Stelle Entgeltgruppe 3 (Ergänzungskraft 19,25 Std./Wo.) in 0,5 Stelle Entgeltgruppe 6 (Fachkraft 19,25 Std./Wo.) umgewandelt.

Die zusätzlich entstehenden Personalkosten i. H. v. 10.050,00 € im Haushaltsjahr 2007 und 24.110,00 € in den Folgejahren werden aus den für das u3-Ausbauprogramm bereitgestellten Mitteln (HHSt. 4640.718.0500.7) übernommen.

Die o. g. Stelle sowie weitere 1,5 Stellen erhalten entsprechend den bis dahin zur Verfügung gestellten Mitteln einen Vermerk „kw 31.12.2010“.

4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die bauliche Erweiterung bezüglich der Bau- und Einrichtungskosten ohne Landesmittel finanziert werden muss. Bezüglich der Betriebskosten erfolgt die Finanzierung aus dem u3-Programm. Die freiwerdende Landesförderung für die umstrukturierte Tagesstättengruppe kann auf Antrag ggf. von einer anderen Einrichtung in Anspruch genommen werden, die bislang keine Landesförderung für eine Tagesstättengruppe erhält.

### **Punkt 8 der Tagesordnung**

### **Verschiedenes**

### **Protokoll:**

Herr Dr. Heinrichs informierte darüber, dass das Thema Informationsfreiheitsgesetz in der nächsten Sitzung aufgegriffen wird.

Zum Thema „Rauchen in Diesträumen“ führte Herr Dr. Heinrichs aus, dass eine Abstimmung mit dem Personalrat zur Zeit läuft. Die Verwaltung wird in der nächsten Sitzung dazu berichten.

Ende der Sitzung: 18:11 Uhr

Stefan Weber  
Vorsitz

Christiane Köhling  
Schriftführung

